

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

31.1.1928 (No. 26)

Expedition:
Karlsruher
StraÙe Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. M. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. etw. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Abont, der als Kassensabont gilt und vorzuziehen ist, werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Künstliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigeneben, zwangsweiser Verbreitung, und Konkurrenzverfahren fällt der Abont fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je 25 auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Konsularische Vertretungen Ungarns

Der Königlich Ungarische Generalkonsul in Köln, Friedrich Jersch, ist zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen im besetzten badischen Gebiet zugelassen worden. Für das unbefetzte Gebiet Badens bleibt die Zuständigkeit des Ungarischen Konsulats in München unberührt.

Zur Rede Stresemanns

M. Berlin, 31. Jan. (Priv.-Tel.) Die gestrige außenpolitische Rede Dr. Stresemanns im Reichstag enthält zur Frage der Besetzung und der Verhängung, mit Frankreich Klare und scharfe Formulierungen. Man bezeichnet sie als notwendig infolge der Äußerungen auf französischer Seite, so des „Temps“, der die Neuaufrüstung der Hindenburg mit der Forderung der Rheinlandräumung eine „amtliche Stilllegung“ genannt hatte und des „Journal des Debats“, das gesagt hatte, die Verhängung gehe auch trotz der Rheinlandbesetzung weiter. Eine Räumung sei also nicht notwendig. Die Berliner Mütter sollen den Ausführungen über die Räumungsfrage größte Bedeutung. Die Schärfe habe das gut besetzte Haus aufhorchen lassen. Stresemanns feierlicher Protest habe bei allen Parteien des Reichstags stärksten Widerhall gefunden. Auch der „Vorwärts“ weist darauf hin, daß Stresemanns Forderung auf Räumung die Konsequenz der Abmachungen von Locarno sei.

Der Londoner „Telegraph“ bezeichnet die gestrigen Äußerungen Stresemanns zur Besetzungsfrage als energisch und geschickt. Das Blatt meint jedoch, die englische Regierung würde die Aufgabe, Frankreich zu dem Gedanken einer baldigen Räumung zu bewegen, sehr mühselig finden. Von der Pariser Presse äußert sich zur Rede Stresemanns nur der radikale „Oeuvre“ aufnehmend, während die Reichstagsblätter sich ablehnend verhalten. So sagt das „Echo de Paris“: Wir fühlen uns ermächtigt, zu fordern, daß Deutschland noch bis 1935 den Beweis für seine innere Erneuerung fortsetzt.

Der Berliner Lombard-Scandal

Die Untersuchung der Kriminalpolizei und der Staatsanwaltschaft zur Aufklärung des Millionenbetruges in dem Berliner Lombardhaus Paul Bergmann in der Passage „Unter den Linden“ hat zu Aufsehen erregenden Feststellungen geführt. Es ist bekannt geworden, daß Bergmann wegen großer Unterschlagungen mehrfach verurteilt gewesen ist und erst im Vorjahre das Gefängnis verlassen hat. Um so unerklärlicher war es, daß über diese Firma außerordentlich günstige Auskünfte gegeben wurden, auf Grund deren sich mehr als 1000 Geldgeber fanden, die der Firma Darlehen in Höhe von mehr als 5 Millionen Reichsmark gewährten. Als einer dieser Auskunftsgeber wurde der Staatsanwaltschaftsrat der Staatsanwaltschaft I, Jacob I, ermittelt. Der Beamte berichtet, die Auskünfte nach bester Überzeugung gegeben zu haben. Dem „Kosmos“ zufolge soll er jedoch über das Unternehmen Bergmanns sehr gut unterrichtet gewesen sein und sogar für seine Auskünfte Provision erhalten haben. Es wurde ihm mit sofortiger Wirkung vorläufig die Ausübung seines Dienstes untersagt.

In einem Berliner Blatt war gestern gesagt worden, daß zu den Geschädigten auch der Sohn des Reichspräsidenten, Major von Hindenburg, gehöre. Dazu wird von zuständiger Stelle in Berlin erklärt, daß er nicht das mindeste mit der Firma Bergmann jemals zu tun gehabt habe.

M. Berlin, 31. Jan. (Tel.) Unter dem Verdachte, an den Schwindelmanövern des Lombardhauses in der Passage beteiligt zu sein, wurde gestern die Gattin des Geschäftsinhabers, Frau Charlotte Bergmann, in Berlin verhaftet. Sie war zur Zeit der Verhaftung ihres Mannes zusammen mit dem 31-jährigen Kaufmann Willi Kraak, der ebenfalls in den Bergmannschen Geschäften tätig gewesen ist, in der Villa Bergmann in Garmisch-Partenkirchen. Auf die telegraphische Nachricht von der Verhaftung ihres Mannes hin war sie nach Berlin abgereist und hatte in einem Hotel in der Mittelstraße, das ihrer Mutter gehört, Wohnung genommen. Kraak, der ebenfalls verhaftet werden sollte, ist mit dem Bergmannschen Auto mit unbekannter Bestimmung von Partenkirchen abgereist. Noch immer laufen neue Meldungen von Geschädigten in großer Zahl ein.

M. Berlin, 31. Jan. (Tel.) Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: In verschiedenen Morgenblättern sind im Zusammenhang mit der Angelegenheit des Lombard- und Lagerhauses Bergmann Vorwürfe gegen Beamte eines Polizeireviere und gegen die Gewerkepolizei erhoben worden. Der Polizeipräsident hat daraufhin sofort gegen die in Frage kommenden Beamten eine Untersuchung eingeleitet und wird, wenn sich ein tatsächliches Verschulden herausstellen sollte, mit den erforderlichen Maßnahmen gegen die Schuldigen vorgehen.

Wirtschaftsausfluß des Völkerbundes

M. Paris, 31. Jan. (Tel.) Der Vorstand des beratenden Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes hat gestern unter dem Vorsitz von Theunis getagt und beschlossen, den Völkerbundsrat um Einberufung der ersten Tagung des Komitees auf den 14. Mai in Genf zu ersuchen.

Letzte Nachrichten

Um das Kriegsschädenschlussgesetz

M. Berlin, 31. Jan. (Priv.-Tel.) Augenblicklich ist die Frage des Kriegsschädenschlussgesetzes Gegenstand sehr energischer Erwägungen und Besprechungen, die nicht gütlich verlaufen. An und für sich stehen die Parteien und auch das Reichskabinett auf dem Standpunkt, daß es sich um ein Schluffgesetz handeln müsse. Man will zu diesem Zweck aber, wenigstens gilt das von den Koalitionsparteien, den Kriegsschädigten größere Zugeständnisse machen, stößt dabei jedoch auf den Widerstand des Reichsfinanzministers, der sich außerstande sieht, diese Mehrbeträge noch aufzubringen. Eine Kabinettsitzung, die gestern mit der Angelegenheit sich befaßte, scheint kein Ergebnis gehabt zu haben. Man möchte eine Zwischenlösung, die vielfach vorgeschlagen wird, nicht wählen, weil dadurch möglicherweise auch zahlreiche andere Fragen — man denkt wohl auch an die Aufwertung — wieder aufgerollt würden.

Die Gesundheitsverhältnisse im Jahre 1926

M. Berlin, 31. Dez. (Tel.) Die Reichsregierung hat dem Reichstage eine Denkschrift über die Gesundheitsverhältnisse des deutschen Volkes im Jahre 1926 zugehen lassen. Die Denkschrift stellt zusammenfassend fest, daß sich gegenwärtig, gemessen nicht nur an den Vorjahren, sondern auch an der Vorkriegszeit, ein im allgemeinen befriedigender Gesundheitszustand des deutschen Volks ergebe. Der Ernährungszustand der Bevölkerung kann wieder als im allgemeinen befriedigend bezeichnet werden. Die Denkschrift gibt dann auch einen vorläufigen Überblick für das Jahr 1927, wo der gleiche allgemeine günstige Gesamteindruck festgestellt werden könne. Allerdings sei der Geburtenrückgang erneut fortgeschritten.

Deutschland und Rumänien

M. Berlin, 31. Jan. (Priv.-Tel.) Zu einer Meldung, daß der rumänische Politiker Titulesku in Berlin einen Schiedsgerichtsvertrag nach litauischem Muster abschließen wolle, erfahren wir, daß an deutscher zuständiger Stelle bisher von einer solchen rumänischen Absicht nicht das Geringste bekannt ist. Man weiß auch noch nicht, wann Titulesku nach Berlin kommen will. Zur Zeit weilt er in Paris. Sollte es sich einrichten lassen, daß er spätestens in der zweiten Februarwoche in Berlin ist, so wird der Reichsaußenminister Dr. Stresemann den Antritt seines Urlaubs hinauschieben.

Amerika und Russland

M. Berlin, 31. Jan. (Priv.-Tel.) Obwohl Washington auf politischem Gebiet immer noch den alten strengen Standpunkt Rußland gegenüber einhält, werden die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Amerika und Rußland dauernd enger. So ist jetzt der Vizepräsident der neugeplanten russischen Eisenbahnlinie Turkestan-Sibirien, Zwanoff — wie über London gemeldet wird — in New-York eingetroffen, um einen großen Teil des Eisenbahnmaterials im Werte von 110 Millionen Dollars dort einzukaufen.

Die Konvention für Aufhebung der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen

M. Genf, 31. Jan. (Tel.) Der Gesandte der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Bern, Wilson, unterzeichnete gestern im Namen der Regierung der Vereinigten Staaten die internationale Konvention für die Abschaffung der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen und -verbote, welche von der internationalen Genfer Konferenz im November 1927 ausgearbeitet worden war. Auf Grund von Art. 6 dieser Konvention hat die Regierung der Vereinigten Staaten die Unterzeichnung mit einem Vorbehalt, nämlich mit Bezug auf die Ausfuhr von Petroleumgas, vorgenommen. Diesen Vorbehalt hatte sie bereits bei der Ausarbeitung der Konvention angemeldet und er war von der Konferenz genehmigt worden. — Ferner hat die estländische Regierung gestern gleichfalls die Konvention unterzeichnet, wobei sie einen Vorbehalt machte mit Bezug auf die Einfuhr von Edelsteinen.

Der Reparationsbetrug

M. Paris, 31. Jan. (Tel.) In der Reparationsbetrugsangelegenheit ist gestern die erste Verhaftung erfolgt. Es handelt sich um den Straßburger 50-jährigen Kaufmann Karl Ketter, der sich von einem gewissen Heinrich Wertheimer in Baden 500 000 Kilogramm Hopfen beschafft hatte. Ketter wurde gestern von dem Pariser Untersuchungsrichter verurteilt und auf Grund dieses Verdicts festgenommen.

Die Kriminalität in Baden 1926 und 1925

V. Die Strafen.

Es wurden 1926 (1925) verhängt: Die Todesstrafe gegen 1 (1), zeitiges Zuchthaus gegen 180 (215), Gefängnis im ganzen gegen 7712 (7590), Haft gegen 43 (54) und Geldstrafe gegen 19844 (18116) Angeklagte. Von den Gefängnisstrafen lauteten 4921 (4815) auf weniger als 3 Monate, 2312 (2270) auf 3 Monate bis 1 Jahr und 479 (505) auf 1 Jahr und mehr. Da die Zuchthaus- und Haftstrafen um 16 bzw. 20 Proz. zurückgegangen sind, hat sich die Zunahme der Verurteilungen bei den Gefängnisstrafen (um 1,6 Proz.) und bei den Geldstrafen (um 9,5 Proz.) ausgewirkt.

Table with 2 columns: Strafenart, 1926, 1925. Includes rows for Todesstrafe, Zeitiges Zuchthaus, Gefängnisstrafe, Haft, Geldstrafe, and Gefängnis bis 3 Monate (Kurzstrafen).

Die in Klammer beigezeichneten abgekürzten Bezeichnungen sollen lediglich die folgende Darstellung vereinfachen. Die Zahlen bezüglich der Gefängnisstrafen lassen erkennen, daß nur die Langstrafen anteilmäßig zurückgegangen sind. Die Zahlen hinsichtlich aller Strafarten zeigen andererseits, daß die Gefängnisstrafen in ihrer Gesamtheit trotz Anwachsens ihrer absoluten Zahlen anteilmäßig ab-, die Geldstrafen zugenommen haben; diese Entwicklung ist im Deutschen Reich seit Einführung der Kriminalstatistik (1882) beobachtet worden und scheint sich auch in Baden durchzusetzen; jedenfalls betragen die Anteile in Baden im Jahre 1912 für die Gefängnisstrafen 46,5 Proz. und für die Geldstrafen 50,6 Proz. Auch ein Vergleich der Strafen bei den einzelnen Delikten scheint dies zu bestätigen. Hierbei ist zu beachten, daß in einer Reihe von Fällen Geld- und Gefängnisstrafen zusammen gegen denselben Angeklagten erkannt wurden, so daß also die Zahl der Strafen größer sein muß als die Zahl der Verurteilten. Die Abnahmen kommen hauptsächlich in Betracht bei Diebstahl, Abtreibung — bei diesen beiden Delikten zeigt sich besonders der Einfluß der Geldstrafengefährte — und Hehlerei. Wegen Abtreibung wurden 22 (1) Geldstrafen ausgesprochen; im übrigen verteilt sich der Rückgang ziemlich gleichmäßig auf die Kurz- und Mittelstrafen. Beim Diebstahl haben die Kurzstrafen um 111 (9,4 Proz.), die Mittelstrafen um 77 (9,8 Proz.) abgenommen, während trotz Rückgangs der Verurteiltenzahl 27 (2,9 Proz.) Geldstrafen mehr ausgesprochen wurden. Bei der Hehlerei sind die Geldstrafen um 97 (38 Proz.), die Kurzstrafen um 39 (22 Proz.), die Mittelstrafen um 28 Proz. (um 19), die Langstrafen verhältnismäßig am meisten (von 17 auf 4) zurückgegangen. Bei den Delikten mit gesteigerter Kriminalität fallen die Strafen wegen Körperverletzung, Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch infolgedessen auf, als an der Zunahme nicht die Geldstrafen, sondern die Gefängnisstrafen den größeren verhältnismäßigen Anteil haben. Bei der Körperverletzung betragen die Anteile für die Gefängnisstrafen überhaupt 27,8 Proz., für die Geldstrafen 17,6 Proz. bei einer Zunahme von 128 Gefängnis- und 250 Geldstrafen; und unter den Gefängnisstrafen treffen auf die Mittelstrafen 52 Proz. (39), auf die Kurzstrafen 24,2 Proz. (88) mehr. In gleicher Weise sind bei der Sachbeschädigung 42,5 Proz. (37) Gefängnisstrafen und nur 13,8 Proz. (42) Geldstrafen mehr verzeichnet und statt 2 Mittelstrafen deren 12 ausgesprochen worden. Was endlich die Strafen für den Hausfriedensbruch angeht, beträgt die Zunahme der Geldstrafen 7 Proz. (9), die der Gefängnisstrafen 59 Proz. (42), von denen allerdings 41 Kurzstrafen sind. Doch ist hier wie bei der Körperverletzung zu beachten, daß die Strafverfolgung in einfacheren Fällen nur auf Antrag eintritt (§ 374 StGB.).

VI. Die Vorbestrafen.

Table with 4 columns: Strafenart, 1926, 1925, and mehr als viermal Vorbestrafen. Includes rows for Widerstand gegen die Staatsgewalt and Hausfriedensbruch.

Beleidigung	+252	+121	+34
Körperverletzung am ganzen	+377	+108	+43
Qualifizierte Körperverletzung	+355	+126	+50
Unterschlagung	+199	+137	+55
Betrug	+514	+278	+56
Diebstahl	-198	+21	-11
Schwere	-169	-40	-5

Im Hinblick darauf, daß die überhaupt Vorbestraften 29 Proz., die mehr als viermal Vorbestraften 8,2 Proz. aller Verurteilten ausmachen (1925 = 26 und 7,6 Proz.), zeigen also die genannten bemerkenswerten Veränderungen, daß — vom Hausfriedensbruch abgesehen — die Zahlen der Vorbestraften unverhältnismäßig mehr zu- und unverhältnismäßig weniger abgenommen haben als die entsprechenden Zahlen der Verurteilten; ja, beim Diebstahl ist die Zahl der Vorbestraften trotz Rückgangs der Verurteiltenzahl größer geworden.

VII. Schlußwort.

Einer Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse des Jahres 1926 im Vergleich mit 1925 muß vorausgeschickt werden, daß die Unterschiede bei einzelnen Deliktarten so auffallend sind, daß Schlußfolgerungen für die kurze Zeitspanne eines Jahres nur unter dem Vorbehalt der Beobachtung der nächsten Jahre gezogen werden können.

Die Zahl der wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze rechtskräftig Verurteilten ist im 1830 oder 7 Proz. größer geworden; hieran haben überwiegenden Anteil die kriminellen Delikte gegen Vorschriften des StGB. Die 4 Hauptdeliktgruppen sind sämtliche an der Zunahme beteiligt: Von den Vermögensdelikten vornehmlich Betrug, Unterschlagung und Urkundenfälschung, von den Gewalt- oder Robeidsdelikten ganz besonders die qualifizierte Körperverletzung und die Körperverletzung überhaupt, dann auch der Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Die Kriminalität der Frauen und Jugendlichen, besonders der weiblichen Jugendlichen ist, allgemein gesehen, zurückgegangen.

Trotz absoluter Zunahme von 122 Gefängnisstrafen sind diese anteilmäßig weniger, die Geldstrafen mehr zur Anwendung gekommen. Im übrigen dürfte die Betrachtung der Strafen gezeigt haben, daß die im Vorjahre für den Vergleich der Jahre 1925 und 1913 aufgestellte Behauptung, die strafbaren Handlungen hätten zwar an Zahl abgenommen, in der Schwere oder Intensität aber zugenommen, weder widerlegt noch bestätigt ist. Gegen jene Behauptung sprechen die absolute Vermehrung der rechtskräftig Verurteilten und die anteilmäßig stärkere Anwendung der Geld- als der Freiheitsstrafen; für sie spricht die Verschärfung der Strafen wegen Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung und besonders wegen qualifizierter Körperverletzung sowie die Zunahme der Vorbestraften. Man kann also wohl unter der genannten Voraussetzung sagen, daß — abgesehen von den Frauen und von den Jugendlichen — die Kriminalität gewachsen, die Strafzumessung auf Grund der neueren Gesetzgebung im allgemeinen milder geworden ist.

Zehn Jahre Zuchthaus für Schred beantragt

Leipzig, 31. Jan. (Tel.) Im Spionage- und Hochverratsprozess gegen Schred und Genossen beantragte der Reichsanwalt gegen Schred zehn Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrenrechtsverlust, gegen Koch zwei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrenrechtsverlust und gegen Schulz sechs Monate Gefängnis wegen fahrlässigen Falschweides. Das Strafmaß begründete der Reichsanwalt mit der außerordentlichen Gefährlichkeit der Fälschungen Schreds, die bei der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund eine außerordentliche Rolle gespielt hätten. Bei Koch wurde verurteilter Landesverrat angenommen, da er zwei Denkschriften, die er für erst hielt, Schred entwendet und dem französischen Nachrichtendienst in Mainz ausgeliefert hatte. Schulz hatte wider besseres Wissen beidseitig, daß er den Aufenthaltsort seines Freundes Koch, der polizeilich gesucht wurde, nicht tenn.

Der Haushaltsplan der Vereinigten Staaten

Präsident Coolidge eröffnete Montagabend in Washington die Halbjahresversammlung der Budgetbeamten sämtlicher Bundesstaaten durch eine längere Ansprache, in der er nochmals eindringlich betonte, daß das Budget ausbalanciert werden müsse, und daß die Steuern nicht um mehr als 225 Millionen Dollars herabgesetzt werden dürfen.

Die Nationalsschuld der Vereinigten Staaten hätte in den zwei Jahren von 1917 bis 1919 um 25 Milliarden Dollars zugenommen, und es habe über acht Jahre gedauert, bis hiervon 8½ Milliarden Dollars abgezahlt werden konnten. Weitere 8½ Milliarden Dollars hätten in den letzten 10 Jahren allein an Zinsen für die Nationalsschuld gezahlt werden müssen. Diese Zahlen zeigten, wie notwendig eine Beschränkung auf unbedingt unerlässliche Ausgaben sei. Den größten Posten des nächstjährigen Budgets bilde die nationale Verteidigung in Höhe von etwa 650 Millionen Dollars, was einen Verbrauch von 1200 Dollars pro Minute bedeute. Präsident Coolidge wies auf das neue Marinebauprogramm hin, das das erste seit 1916 sei. Man wolle lediglich veraltete Schiffe ersetzen und die Flotte in bescheidenen Grenzen vergrößern. Das Programm solle sich den jeweiligen Verhältnissen und den verfügbaren Mitteln anpassen. Deshalb habe er keinen Zeitpunkt für den Beginn oder die Vollendung vorgeschlagen, aber der Plan sehe vor, daß die Schiffe sobald wie möglich gebaut werden. Coolidge betonte dabei, daß das Marinebauprogramm lediglich die eigenen Bedürfnisse Amerikas berücksichtige und nicht die Absicht eines Wettrenns mit anderen Nationen habe.

Änderung in dem Ergebnis der Wahlen in Mecklenburg-Strelitz. Wie die Landeszeitung für beide Mecklenburg aus dem Mecklenburg-Strelitzer Staatsministerium mitgeteilt wird, hat eine Nachprüfung der ersten vorläufigen Berechnung der Mandate für den neuen Mecklenburg-Strelitzer Landtag zur Aufdeckung eines Irrtums geführt. Nach dessen Beseitigung ergibt sich eine anderweitige Berechnung der Mandate. Die Deutschnationalen erhalten nicht, wie zuerst mitgeteilt, neun, sondern acht Mandate, dafür erhalten die Kommunisten statt zwei, drei Mandate.

Die Etatsberatung im Reichstag

Berlin, 30. Jan. 1928.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Auswärtigen Amtes.

Der Ausschuss hat dem Etat mit unwesentlichen Änderungen zugestimmt, vorbehaltlich der Nachprüfung der Besoldungen und persönlichen Ausgaben beim Ergänzungsetat für 1928. Er beantragt bei den einmaligen Ausgaben die Einstellung von 60.000 M für die Deutsche Liga für Völkerbund. In einer Entschließung fordert der Ausschuss die Durchprüfung der vereinigten Presseabteilungen durch den Reichsparlamentarier.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

Die Reichsregierung hat in der vergangenen Woche dem Völkerbund in einer Denkschrift ihre Bemerkungen zur Sicherheits- und Abrüstungsfrage mitgeteilt. Die nächste Tagung der Abrüstungskommission ist auf den 15. März einberufen. Wir haben vollständig abgerufen und ein ganzes Reg von Schiedsgerichtsverträgen abgeschlossen. Es ist eine Binsenwahrheit, daß der Völkerbund sein Ziel nicht erreichen kann, wenn sich seine Mitglieder durch Verträge in verschiedene Gruppen spalten. Es darf in der Öffentlichkeit nicht der Eindruck entstehen, als ob die Sicherheit eines einzelnen Staates auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten begründet werden soll, als ob es weniger auf die Sicherung des Friedens als auf die unmittelbare Vorbereitung der nächsten Kriege ankomme, als ob das Ziel nicht die allgemeine Verständigung, sondern die Verewigung bestimmter Machtverhältnisse einzelner Staaten sei (Sehr richtig!). Die deutsche Denkschrift spricht das so klar aus, daß es mir unverständlich ist, wie die „Vorwärts“ darin einen Rückschritt hinter Locarno sehen kann.

Die Verhandlungen mit Litauen stehen kurz vor dem Abschluß. Während der Anwesenheit des litauischen Ministerpräsidenten Wolodemas in Berlin haben zwischen ihm und mir Besprechungen stattgefunden, die eine weitgehende Abereinmigung unserer Ansichten ergaben. Das Ergebnis ist der Abschluß eines Schiedsgerichts- und Ausleichsvertrages und verschiedener technischer Verträge. Auch über die Verhältnisse im Memelgebiet und über die dort verlebten deutschen Öpananten ist eine befriedigende Regelung erzielt worden.

Was unser Verhältnis zu Polen betrifft, so ist die Leiden-geschichte unserer Handelsvertragsverhandlungen bekannt. Im Juli v. J. ist die Niederlassungsfrage geklärt worden. In den daran anschließenden Wirtschaftsverhandlungen ist von uns in einem Protokoll das Ausmaß der wirtschaftlichen Konzessionen auch auf Gebiete der Landwirtschaft festgelegt worden. Diese Festlegung entsprach einem einmütigen Beschluß des Gesamtkabinetts. Ich muß es deshalb zurückweisen, wenn in einem Aufsatz des pommerischen Landbundes und in der „Deutschen Tageszeitung“ gesagt wird, daß die Hemmnisse gegenüber dem Schutz der Landwirtschaft vom Auswärtigen Amt ausgehen (Rechtliches Hörl Hörl links), und wenn in den Entschliessungen des Landbundes gesagt wird, man werde nicht dulden, daß überhaupt ein Handelsvertrag mit Polen zustande kommt (Rechtliches Hörl Hörl links). Ein Handelsvertrag ist nicht ein Geschenk, das ein Staat dem anderen gibt. Wir sind nicht in der Lage, uns eine wirtschaftliche Selbstherrschafft leisten zu können. Einmütig haben alle in der Reichsregierung vertretenen Parteien sich für diesen Vertragsabschluss ausgesprochen. In welche Lage kommen aber unsere Delegierten bei den Verhandlungen in Warschau, wenn ein derartiges Echo aus dem deutschen Landbund kommt (Beifall).

Bei Besprechung der deutsch-französischen Beziehungen bedauert der Minister die Kränkung dieser Beziehungen durch die Fortdauer der Rheinlandbesetzung. Wenn französische Stimmen die Aufhebung der Besetzung davon abhängig machen wollen, daß Deutschland weitere Sicherheiten gewährt, so wird übersehen, daß der Locarnovertrag alle Sicherheiten bietet, die überhaupt ein Staat dem anderen bieten kann. Wer nach weiteren Sicherheiten ruft, setzt Zweifel in den Locarnovertrag. Wenn wir nicht das Vertrauen haben, daß die geschlossenen Verträge gehalten werden, dann hat es überhaupt keinen Zweck, Verträge zu schließen (Beifall). Die im Locarnovertrag Frankreich gegebene Sicherheit ist durch Englands Macht und Englands Wort garantiert. Das Verlangen nach weiteren Sicherheiten wäre also ebenso eine Beleidigung Deutschlands wie Englands, weil es sich auf die Vorteilhaftigkeit des Wortbruchs berufen gründe (Beifall). Es muß endlich einmal darauf hingewiesen werden, daß in dem Ruhe nach Sicherheit gegen Deutschland ein Stück Demut liegt, das nicht länger von der öffentlichen Meinung ertragen werden kann (Stürmische allseitige Zustimmung). Wir fordern die Rheinlandräumung, weil wir die deutsch-französische Verständigung als die Grundlage des europäischen Friedens ansehen und weil wir in der Fortdauer der Besetzung eine unüberwindliche Hemmung der deutsch-französischen Verständigung sehen. Wir sind keineswegs gewillt, die Abkürzung der Besetzung mit dauernden Verpflichtungen zu erkaufen, die über die Bedingungen des Versailles Vertrages hinausgehen und geeignet sind, das Vertrauen zu verzweifeln und damit eine wirkliche und wirksame Friedenspolitik zu verhindern (Rechtlicher Beifall).

Dr. Breitscheid (Soz.): Auf die Erörterung der Kriegsschuldfrage sollte man nicht übertriebene Wert legen, solange nicht auch die Archive der beteiligten fremden Staaten geöffnet sind. In der deutsch-schwedischen Gesellschaft in Stockholm habe der deutschnationale Abg. v. Treppe Vorträge gehalten, die in ganz einseitiger parteipolitischer Tendenz im Gegensatz zum Ergebnis des Untersuchungsausschusses die Behauptung aufstellten, die deutsche Flotte hätte am Schluß des Krieges die Aussicht auf einen entscheidenden Sieg über England gehabt und sei daran nur durch die deutschen Revolutionäre behindert worden. In der schwedischen Presse sei dieses Auftreten als Mißbrauch der Gastfreundschaft, als höchst peinlich und taktlos bezeichnet worden. Mit dem Vorsitzenden der deutsch-schwedischen Gesellschaft, dem schwarzweißen deutschen Gefandten v. Rosenbergs, sollte vom Auswärtigen Amt ein ernstes Wort geredet werden (Beifall links). Der Redner wendet sich dann gegen die Art der Ausbildung von Sozialatathes. Diese Posten sollten mit fähigen Leuten aus der Wirtschaft, evtl. auch aus dem Arbeiterstand, besetzt werden. Das Auswärtige Amt schließe sich zu sehr ab. Nur dem jugendlichen deutschnationalen Abgeordneten, Fürsten Bismarck, sei die Aufnahme in den auswärtigen Dienst sehr leicht gemacht worden. Das Auswärtige Amt betrachte sich fast als einen exklusiven Klub, in dem nur Besitz und Adel Aufnahme findet (Rufe rechts: „Der Adel ist abgeschafft!“). Ich bin gerne bereit, Sie in Zukunft nur „Herr Rheinbaben“ zu nennen (Gelächter). Am Verfassungstage, so fährt Dr. Breitscheid fort, hätten viele deutsche Gesandtschaften und Botschaften eine Haltung gezeigt, die mit der erforderlichen Achtung vor der republikanischen Staatsform nicht vereinbar gewesen sei. Mit der Art der Führung der deutschen Außenpolitik sei die Sozialdemokratie im großen und ganzen einverstanden. Es sei die mit deutschnationaler Hilfe fortgesetzte Verständigungs- und Erfüllungspolitik, die unter Birich und Rathenau so stark von den deutschnationalen Minister herausgegebene Denkschrift der deutschen Regierung sei geradezu ein pazifistisches Bekenntnis. Es sei nur zu hoffen, daß der deutschnationale Minister Schiele diesesmal wenigstens die Denkschrift ganz gelesen und ihre Bedeutung ganz erfasst habe (Gelächter).

Die Kundgebung der Vereinigten Staaten müsse mit einiger Vorsicht aufgenommen werden. Die Friedenswörterung sei

nicht eine Sache des guten Willens, sondern der technischen Organisation. Zu begrüßen sei die energische, klare Stellungnahme des Ministers des Auswärtigen für den Vertragsabschluss mit Polen. Polen sei freilich ein schwieriger Verhandlungspartner. Deutschland habe allen Anlaß, aus dem Völkerbund ein wirksames Instrument zur Sicherung des Friedens zu machen. Die deutsche Sozialdemokratie stehe ganz auf dem Standpunkt des Außenministers, daß Deutschland einen Anspruch auf Aufhebung der Rheinlandbesetzung hat. In deutsch-nationalen Kundgebungen habe freilich ein früherer General die Fortdauer der Besetzung als nationales Erziehungsmittel gebührend (Hörl! Hörl! links). Die Bilanz der Völkervertragspolitik sei auch außenpolitisch gleich Null. Das Jahr 1928, so schließt der Redner, bringe Neuwahlen in Deutschland, Frankreich, Polen und anderen Ländern. In diesem Jahre wird sich entscheiden, ob die Politik des Friedens von Dauer und Erfolg sein wird.

Abg. v. Freytag-Loringhoven (Dn.) erklärt, die deutsch-nationalen könnten Lasten, die eine frühere Regierung geschaffen hat, nicht von heute auf morgen beseitigen. Sie müßten versuchen, das Beste aus ihnen zu machen, und das vertrete sich durchaus mit der Kritik an der Politik, die zu Locarno und Genf geführt habe. Die Koalition sei Arbeitsgemeinschaft und nicht Gefühlsgemeinschaft. Das Unbehagen an den Genfer Verhältnissen sei ganz allgemein. Eine wirksame Friedensbewahrung sei nur aus dem Boden des Rechtsgedankens, nicht aber auf Grund der Gewaltverträge von 1919 möglich. Das spreche die deutsche Note aus und darin liege ihre große Bedeutung. Deutschlands Aufgabe im Völkerbund sei die Verteidigung des Rechtsgedankens. Daß Frankreich heute eine Verständigung nicht wolle, zeige sich auch bei seiner Ostpolitik, die vielleicht auf ein Diktacario ohne uns hinauslaufe. Nichts von den Locarnohoffnungen sei erreicht. Das zeige, daß der bisherige Weg nicht richtig war. Die Verteidigung auf die Wahlen könne nicht verzagen. Die Politik der Linken habe verlagert. Die Außenpolitik der jetzigen Regierung habe doch Vieles erreicht (Lebhafte Zurufe von Abg. Dr. Birich, aus den Reihen der Demokraten und Sozialdemokraten: „Doch nur im Sinne unserer Politik!“). Gewiß, mit der Politik, die Sie eingeleitet haben, aber wir haben sie in unserem Sinne fortgesetzt (Lebhafte Rufe links und im Zentrum: „Ja also!“).

Abg. Dr. Drost (Wirtsch. Ver.) weist auf die gegenwärtige Haltung der französischen Außenpolitik hin, die in keiner Weise die an Locarno und Locarno geäußerten Hoffnungen erfüllt habe. Der ganze Damesplan stehe und falle mit der Voraussetzung, daß das Ausland die deutschen Waren abnimmt. Hier wird die außerpolitische Aussprache unterbrochen durch die am Samstag zurückgestellten

Bestimmungen zum Justizetat.

Die Anträge und Entschliessungen der Oppositionsparteien werden abgelehnt, die demokratische Entschliessung auf Übernahme der Justizhoheit der Länder durch das Reich im Sammelbesprechung mit 172 gegen 134 Stimmen gleichfalls abgelehnt. Für diese Entschliessung hat auch ein Teil der Deutschen Volkspartei gestimmt.

Der Etat wird nach den Vorschlägen des Ausschusses in zweiter Lesung angenommen. Um 18½ Uhr wird die Fortsetzung der außerpolitischen Debatte auf Dienstag 15 Uhr vertagt.

Die Lage der deutschen Landwirtschaft. Bei der Reichsland-bundtagung in Berlin sprach auch Reichsminister Schiele. Er führte dabei u. a. aus, die sieben Milliarden Reichsmark landwirtschaftlicher Verschuldung mit ihrer vollständig untragbaren Zinslast seien der erschütternde Beweis dafür, daß die große Mehrzahl unserer landwirtschaftlichen Betriebe mit Verlust gearbeitet hat. Die Landwirtschaft habe jährlich einen wirtschaftlichen Fehlbetrag von über einer Milliarde Reichsmark als neue Schulden aufnehmen müssen. Das wichtigste sei die Stärkung der handelspolitischen Stellung der Landwirtschaft. Der Druck von einer Nahrungsmittelzufuhr von 4 Milliarden, von der wir 3 Milliarden im eigenen Lande erzeugen könnten, sei kaum noch zu ertragen.

Die deutschen Auslandsanleihen. Im Haushaltsausschuß des Reichstages führte Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius u. a. aus, die gesamten Auslandsanleihen beliefen sich auf 4 bis 5 Milliarden Reichsmark, dazu kommen noch kurzfristige Verpflichtungen von 2 bis 3 Milliarden. Ein Zinsen und Annuitäten seien insgesamt 400 Millionen aufzubringen. Darin sehe er noch keine Gefährdung unserer Währung. Die Passivität der Handelsbilanz bedeute noch keine Gefährdung des Wohlstandes des Landes. Die durch Kartellierung in die Höhe getriebenen Eisenpreise seien eine schwere Schädigung des Wirtschaftslebens.

Beginn des Stadtbankprozesses in Halle. In Halle a. S. begann am Montag vor dem erweiterten Schöffengericht die Verhandlung gegen den früheren Stadtbankdirektor Berger und Genossen, die beschuldigt werden, die Bank und damit die Stadt Halle um mehrere Millionen Reichsmark geschädigt zu haben. Von den 29 Angeklagten sind zwei nicht erschienen und zwar der Ingenieur Wolf Steiner und der Kaufmann Eberhard Müller. Das Verfahren gegen diese beiden wird abgetrennt.

Keine deutschen Kriegsgefangenen mehr in der Sowjetunion. Wie der Tel.-Agentur der Sowjetunion von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind Erklärungen eines ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen Stapel, daß sich in Kasch nur etwa 150 deutsche Kriegsgefangene befänden, von Anfang bis Ende erfunten. Weder in Sibirien noch sonst überhaupt in der Sowjetunion gibt es noch deutsche Kriegsgefangene. Was einzelne ehemalige deutsche Kriegsgefangene anlangt, die sich, wie es auch in mehreren anderen Ländern der Fall war, in der Sowjetunion niederzulassen wünschten, so können solche Personen natürlich keinesfalls als Kriegsgefangene betrachtet werden.

Die Ruhr und Mitteldeutschland. Laut „Voss. Zig.“ haben einige westfälische Großindustrielle an zuständiger Stelle in Berlin erklären lassen, daß sie an dem Konflikt in der mittel-deutschen Metallindustrie in erheblichem Maße interessiert sind. Wie verlautet, ist zwischen den mitteldeutschen und rheinisch-westfälischen Industriellen ein Solidaritätsvertrag abgeschlossen worden, der finanzielle Unterstützung der durch den Arbeitskampf betroffenen mitteldeutschen Werke aus dem Kampffond der rheinisch-westfälischen Industrie vorsieht. Die rheinisch-westfälischen Gewerkschaften werden ebenfalls unverzüglich Besprechungen für eine Solidaritätsaktion zugunsten der mitteldeutschen Metallarbeiter einleiten.

Über den Reichsschuldenwert haben in den letzten Tagen Besprechungen zwischen Dr. Marx und Dr. Stresemann stattgefunden. Eine Einigung ist jedoch über den § 20 bisher nicht gefunden worden. Nächstens dürfte sich auch eine Abstimmung mit dem Schulgesetz beschäftigen. Aus den Kreisen des Zentrums und der Deutschen Volkspartei wird immer wieder betont, daß beide Parteien an ihrem grundsätzlichen Standpunkt festhalten. Zum 12. Februar ist der Reichsschuldenauschuß der Deutschen Volkspartei nach Berlin einberufen.

Carl Bleibtreu 4. Der Dichter und Schriftsteller Carl Bleibtreu ist in Locarno im Alter von 69 Jahren an einem Herzschlag gestorben.

Bürgermeister Petersen 60 Jahre alt. Der Hamburger Bürgermeister und demokratische Führer Carl Petersen, der in Heidelberg studiert hat und sich vorübergehend gegenwärtig in Heidelberg aufhält, feiert am heutigen 31. Januar seinen 60. Geburtstag. Der Reichspräsident hat dem Bürgermeister Dr. Petersen telegraphisch seine Glückwünsche ausgesprochen.

Marshall Oais f. Der aus dem Weltkrieg her bekannte englische Feldmarschall Oais ist gestorben.

Nach Amerika geschickt. Der ehemalige Verwaltungsdirektor der Frankfurter Städtischen Bühnen, Müller-Wieland, gegen den, wie gemeldet, im Zusammenhang mit finanziellen Verfehlungen ein Strafverfahren eingeleitet ist, ist nach Amerika abgereist. Ebenso befindet sich der ehemalige Direktor der Arbeitszentrale, gegen den ebenfalls ein Strafverfahren schwebt, bereits seit längerer Zeit in Buenos Aires.

Badischer Teil

Aus dem badischen Staatsvoranschlag 1928/29

Der Schulaufwand Badens

Der badische Staat gibt für die höheren Lehranstalten jährlich 14 631 010 RM (mehr 1 533 510 RM) aus. Davon entfallen auf die Gymnasien 3 061 520 RM (mehr 215 020 Reichsmark), auf die Lehrerbildungsanstalten 824 680 RM (mehr 196 780 RM), die Realanstalten 7 715 800 RM (mehr 721 200 RM), die Aufbauschule 319 450 RM (mehr 152 750 Reichsmark) und die Mädchenrealschulen 2 709 560 RM (mehr 247 700 RM). Das Staatsschulministerium erfordert 513 900 Reichsmark (mehr 47 400 RM), das Fachschulwesen 5 890 900 Reichsmark (mehr 975 200 RM).

Der Aufwand für die Volksschulen befreit sich auf 80 917 440 RM jährlich, d. h. 2 819 340 RM mehr als bisher. Die Kreis- (Stadt-)Schulämter beanspruchen 533 660 RM (mehr 11 600 RM), die Fortbildungsschulen 3 890 360 RM (mehr 878 680 RM), die Handarbeits- und Haushaltungsschulen 10 000 RM (unverändert), die Blinden- und Taubstummenanstalten 591 290 RM (weniger 5710 RM), darunter befindet sich ein Staatsbeitrag von 42 000 RM für in Privatanstalten untergebrachte Kinder. Zur Weiterbildung von Lehrern sind 63 000 RM ausgemerkelt, für die Jugendpflege 54 000 RM (weniger 3000 RM), zur Förderung des Studiums und der Ausbildung tüchtiger und bedürftiger Schüler 40 000 RM (unverändert), für Erziehungsbeihilfen gemäß Artikel 146, Abs. 3 der Reichsverfassung 19 700 RM (wird vom Reiche ersetzt).

Wie das Land Baden für seine Hochschulen sorgt

Die jährlichen Aufwendungen des Landes für die drei badischen Hochschulen betragen: Universität Heidelberg: 5 585 360 RM (mehr 965 260 RM), Universität Freiburg: 4 848 440 RM (mehr 672 240 RM), Technische Hochschule Karlsruhe: 1 569 620 RM (mehr 166 120 RM), insgesamt also 12 016 420 RM (mehr 1 803 620 RM).

Das Bauprogramm der Universität Heidelberg

Das Bauprogramm der Universität Heidelberg sieht u. a. vor den Neubau der chirurgischen sowie den Neubau der physikalischen Klinik, ferner Erweiterungsbauten und Umbauten der Frauenklinik, Ochs-, Rosen- und Ohrenklinik, sowie einige weitere bauliche Veränderungen an klinischen Gebäuden und die Erneuerung der Wirtschaftsgebäude. Der Gesamtaufwand für die klinischen Bauten ist vorläufig auf 8 Millionen Reichsmark veranschlagt. Davon wird die Stadt Heidelberg voraussichtlich 1 Million Reichsmark übernehmen, 190 000 RM bestimmt für den Erweiterungsbau der medizinischen Klinik) werden aus den vom Reich aus dem Ovensfonds zur Verfügung gestellten Mitteln übernommen werden. Dieser Erweiterungsbau mit einem geschätzten Bauaufwande von 800 000 Reichsmark und Einrichtungsaufwande von 40 000 RM soll sofort in Angriff genommen werden. Der Bauaufwand soll beschränkt werden aus den erwünschten Reichsmitteln und aus einer 1. städtischen Rate von 170 000 RM. Im Staatsvoranschlag sind für die Einrichtung 40 000 RM eingestellt. Die Universität Heidelberg ist bekanntlich hinsichtlich ihrer Hauptgebäude für Hörsäle, Seminare und Geschäftsräume im Gegensatz zu fast allen anderen deutschen Universitäten weit hinter den Anforderungen der Gegenwart zurückgeblieben. Es fehlt namentlich an Hörsälen für die stark besuchten Vorlesungen der juristischen und philosophischen Fakultät sowie an neuen Räumen für die an Besucherzahl und Bücherbeständen bedeutend gewachsenen Institute. Auch die Universitätskliniken und die medizinischen und naturwissenschaftlichen Institute entsprechen großenteils den heutigen Anforderungen nicht mehr. Die Denkschrift über die bauliche Entwicklung der Universität gibt darüber nähere Aufschlüsse. Zur Vorbereitung der Neubauten sind, wie bereits mitgeteilt, im Voranschlag 100 000 RM eingestellt worden.

Das Landestheater

in Karlsruhe bedarf eines Zuschusses von 934 680 RM, woran sich die Stadt mit 50 Proz. beteiligt. Dem Gesamtaufwande von 1 774 680 RM (mehr 31 780 RM) stehen an Einnahmen aus dem Theaterbetrieb 840 000 RM gegenüber. — Das Nationaltheater in Mannheim erhält wiederum einen Staatszuschuß von 23 000 RM.

Die Bearbeitung der Landesstatistik

erfordert jährlich 243 600 RM (mehr 18 400 RM). Die ordentlichen Ausgaben für Landwirtschaft und Ernährung sind um 749 050 RM auf 5 899 600 RM gestiegen.

Die Bäderstadt

Die ursprünglich in Aussicht genommene Verlegung der Fangoabteilung in das alte Dampfbadgebäude, von deren Ausführung im a. o. Etat für 1926/27 der Betrag von 150 000 RM angefordert worden war, hat sich als unzumutbar erwiesen. Ein befriedigender Zustand kann nur durch die Erstellung eines Neubaus erreicht werden, dessen Kosten auf 350 000 RM veranschlagt sind. Die noch nicht beanspruchten 150 000 RM gelten als erste Baarate, während im neuen Voranschlag weitere 200 000 RM als zweite Baarate vorgezogen sind.

Die Justizgefälle

Nach dem Voranschlag der Justizverwaltung werden die Justizgefälle in den Jahren 1928 und 1929 je 10 375 000 RM erbringen.

Som Mannheimer städtischen Hotel. Zum Direktor des von der Stadt Mannheim zur Zeit erbauten Hotels an der Augustin-Anlage ist der jetzige Leiter des „Bayerischen Hofes“ in München, Weil, unter mehreren Bewerberinnen gewählt worden. Direktor Weil wird sein Amt bereits am 1. Juli antreten.

Hausfrauenkurse in Mannheim. Vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses wird in Mannheim zu Ostern 1928 für Mädchen, die aus der achten Klasse der Volksschule entlassen sind oder gleichalterige Mädchen mit entsprechender Vorbildung eine „freiwillige Hausfrauenkurse“ mit einem zweijährigen Lehrgang errichtet.

Verein für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik

Im großen Versammlungsraum des Rathauses in Mannheim tagte Samstag vormittag der Verein für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik e. V. — Sitz Berlin — unter Leitung seines ersten Vorsitzenden, des Oberbürgermeisters von Kiel, Dr. Lucken. Der Vorsitzende begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder, die Vertreter der Reichsregierung und Länderregierungen und besonders Oberbürgermeister Dr. Kuser, Mannheim, dem zu Ehren anlässlich seines bevorstehenden Ausscheidens die Tagung nach Mannheim einberufen worden sei. Oberbürgermeister Dr. Kuser dankte für die Wahl von Mannheim und führte aus, daß man in einer Notgemeinschaft verbunden sei und darauf achten müsse, daß die Verfassung für Reich, Länder und Gemeinden so eingerichtet wird, daß sie ihre Aufgaben auch erfüllen können. Der Verein sei kein Kampfbund, sondern gewissermaßen eine Akademie, die in leidenschaftsloser Weise die Ziele herausgebracht habe, ohne sie vorher aufgestellt zu haben.

Alsdann ergriff der erste Referent, Ministerialdirektor im Ministerium des Innern Dr. von Lehden, Berlin, das Wort über das Problem der Großgemeinden. Der Redner ging davon aus, daß im Gegensatz zur Vorkriegszeit die Gemeinden in der Nachkriegszeit eine große Bedeutung gewonnen haben und daß Eingemeindungen in großer Zahl und in großem Umfange in der Gegenwart und nahen Zukunft eine Tatsache seien. Besonders der Gesichtspunkt der Rationalisierung und gleichmäßigen Vermögens- und Steuerbelastung in Gebieten mit großer Wirtschaft und großer Bevölkerung führe zu selbständigen Großgemeinden und zur Erweiterung von schon bestehenden. Sowohl im Sinne einer ehrenamtlichen Mitarbeit wie im Sinne eigener Initiativentscheidung sei die Bildung von Großgemeinden in extremen Ausmaßen eine ernste Gefahr. Diese Entwicklung könne aber durch zentralgemeindliche Regelung (Zweckverbände) verhindert werden. Die Struktur sei nicht zu ändern, es müsse die Organisation geändert werden. Die Großgemeinden als Gebiete eigener Art bestehen auch auf einer Verfassung eigener Art. Zu erstreben sei in den städtischen Großgemeinden die Konzentrierung der Zentralverwaltung und möglichst weitgehender Bewegungsfreiheit für die Bezirke. In den Landkreisen, in denen gleiche Verhältnisse vorlägen, sei eine Konzentrierung der Kreisverwaltung angebracht.

Das zweite Referat der Tagung hielt der Herausgeber der Zeitschrift „Die Bank“, Alfred Lamsburch, Berlin, über Anleiheaufgaben. Die Kritik richtete sich heute gegen die Kapitaleinfuhr, insbesondere der Kommunen, und zwar aus währungsrechtlichen Gründen. Man befürchtet, daß die auf Zentralhaltung der deutschen Währung gerichtete Reichsbankpolitik durch den Zinsendienst und die Regelung der Anleihen durchkreuzt werde und der Markkurs im Ausland erschüttert werden könne. Eine zweite Befürchtung ging dahin, daß zwar die Währung nicht gefährdet sei, aber die Maßnahmen, die zum Schutze der Währung ergriffen werden müßten, schwere wirtschaftliche Folgen, möglicherweise Marktzug und eine Krisenperiode nach sich ziehen. Die erste Befürchtung stellt der Redner als durchaus abwegig dar. Die Goldwährung Deutschlands sei geregelt, und wie der Redner betont, bei Dr. Schacht durchaus in guten Händen. Dagegen sei die zweite Befürchtung immerhin ernst zu nehmen.

An die Referate schloß sich eine ausgedehnte Aussprache. Stadtrat Ullrich, Frankfurt a. M., stand auf dem Standpunkt, daß die festen Zinsleistungen der öffentlichen Hand in den letzten Jahren geringer gewesen seien als die der Privatwirtschaft. Die Auseinandersetzungen über die Anleihepolitik sollten im Interesse der Konjunktur aufhören. Die Politik der Reichsbank habe dem deutschen Volke in den letzten Monaten viele Kontributionen an das Ausland gekostet. Die von der Reichsbank ertriebene Neuordnung dürfe nicht noch löstweiliger werden als bisher geschehen sei.

Dr. Klein, Berlin, Präsident der Deutschen Girozentrale, betrat die Auffassung, daß die Kreditaufnahme eingeschränkt werden müßte, aber der inländische Kapitalmarkt nicht verbarstet werden dürfte. Oberbürgermeister Renner, Rastatt, betonte, daß die Verantwortung für die finanzielle Bebohrnung der Kommunen nicht allein Dr. Schacht trage. Wenn man die Kommunen nicht gehindert hätte, Auslandskredite aufzunehmen, wären diese Auslandskredite für die Industrie freigeworden. Man müsse verlangen, daß der Prüfungsausschuß verschwinde.

Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums, Geh. Reg.-Rat Norden, Vorsitzender der Beratungskommission für Auslandskredite, trat den Ausführungen des Referenten entgegen und betonte, daß die Goldwährung unter keinen Umständen gefährdet sei. Mit der Deckung der Währung müsse man sehr vorsichtig umgehen. Man müsse unbedingt an dem Standpunkt festhalten, daß Auslandsgeld nur für produktive Zwecke herangezogen werden dürfte.

Direktor Dr. Karbing, Berlin, erklärte, daß in naher Zukunft die Aufsicht über die Aufnahme der Auslandskredite wieder den Ländern übertragen wird.

Mit einem Schlußwort des Referenten fand die Tagung ihren Abschluß.

Der Badische Bahnhof in Basel

Die rentabelste Eisenbahnlinie der Schweiz dürfte wohl die Basler Verbindungsbahn sein, welche den Badischen Bahnhof mit dem Bundesbahnhof verbindet. Sie weist eine Länge von nur fünf Kilometern auf, hat aber für 1926 einen Verkehr von 880 442 Personen, einen Gepäckverkehr von 5642 Tonnen, einen Tierverkehr von 2152 Stück und einen Güterverkehr von 2 053 498 Tonnen aufzuweisen gehabt. Dieser Verkehr bleibt sich ungefähr gleich von Jahr zu Jahr. Die Bruttoeinnahmen betragen sich auf Fr. 1 586 585 (pro Kilometer Fr. 317 317), während sich die Bruttoeinnahmen der von den Bundesbahnen betriebenen Linien des Gesamtnetzes pro Kilometer nur auf Fr. 115 989 belaufen. Das Einnahmeverhältnis pro Reisenden und Kilometer belief sich bei den Bundesbahnen auf Fr. 5,78 gegenüber Fr. 15,55 auf der Verbindungsbahn. — Der Betrieb der Verbindungsbahn wird geregelt durch die unfindbare Übereinkunft zwischen den ehemaligen badischen Bahnen und der vormaligen Schweizerischen Zentralbahn vom 23. November 1869. An die Stelle der ehemaligen Kontrahenten sind nun die Deutsche Reichsbahn und die Bundesbahn getreten. Nach diesem unhaltbaren Vertrag hat die Deutsche Reichsbahn jährlich rund Fr. 80 000 an die Jinsleistung beizutragen, und erhält andererseits ein Drittel der Nettobetriebsüberschüsse. So betragen die Bruttoeinnahmen der ehemaligen badischen Staatsbahn aus dem gesamten Verkehr über die Basler Verbindungsbahn in runden Beträgen: 1913: Fr. 320 600, 1920: Fr. 530 500 und 1921: Fr. 680 000.

Schulhausneubau in Fullendorf. Der langsamtrittene Plan eines Schulhausneubaus in Fullendorf wird nunmehr Wirklichkeit werden. Der Gemeinderat hat die Ausschreibung eines Wettbewerbs für einen Schulhausneubau mit Turn- und Festhalle genehmigt. Außerdem erklärte sich der Gemeinderat damit einverstanden, daß auf einem Grundstück, das dem Epitaphhof Fullendorf gehört, eine Viehmarkthalle errichtet werden soll. Für den Schulhausneubau sind 35 000 RM bereits vorhanden durch den Verkauf der der Stadt gehörigen Gajowirtschaft „Sonne“.

Ein Denkmal für Josef von Duf

Aus Anlaß des 50. Todestages des Parlamentariers und Politikers wie Gelehrten Franz Josef Ritter von Duf fand am Sonntag in seiner Vaterstadt Zell a. S. die Enthüllung eines Denkmals statt.

Der Tag wurde eingeleitet mit Festgottesdiensten. Nachmittags 3 Uhr formierten sich die Vereine der Stadt Zell a. S. zu einem Festzug. Am Denkmalsplatz sprach Landtagspräsident Dr. Baumgartner über die Persönlichkeit des Parlamentariers, Politikers und Gelehrten Franz Josef Ritter von Duf. Duf sei am 23. März 1808 in Gengenbach als Sohn eines Schneidemeisters und späteren Bürgermeisters geboren. Er studierte unter harter Entbehrung Philosophie, Natur- und Rechtswissenschaft und promovierte an allen drei Fakultäten. Mit jungen Jahren wurde er bereits Lehrer an der Universität und später auch ordentlicher Professor. Seine bedeutendste Tat war seine Rede im Jahre 1846 im Badischen Landtag, in der er allen andern voran ein Fabrikgesetz gefordert hatte. Duf war ein sozialer Kämpfer, der die Not der Zeit erkannte, aber sich ebenso wie für die Arbeiter auch für das Kleingewerbe einsetzte. Mit den Bischöfen Hermann von Bicar und Lothar von Hübel kämpfte er für die Katholiken. In Anerkennung seiner Verdienste präsiidierte er die erste deutsche Katholikenversammlung im Jahre 1848 in Mainz. In hervorragender Weise setzte er sich für die Interessen der katholischen Bevölkerung in Baden und im Deutschen Reiche ein. Duf starb am 31. Januar 1878, also genau vor 50 Jahren. — Im Namen der Staatsregierung sprach Landeskommissar Dr. Schwörer von Freiburg. Redner brachte die besonderen Gefühle zum Ausdruck, die die Staatsregierung an diesem Tag empfinde.

Das Denkmal ist geschaffen von Bildhauer Holt in Sigmaringen und stellt eine Büste dar. Es steht auf einem Brunnen direkt beim Rathaus. Zwei Freiburger Studenverbindungen legten Kränze am Denkmal nieder. Mit musikalischen und gesanglichen Darbietungen fand die Feier ihren Abschluß. Hierauf versammelten sich die Teilnehmer zu einem gemächlichen Beisammensein im Badischen Hof. Unter den Festteilnehmern bemerkte man u. a. Universitätsprofessor Dr. Finte von Freiburg.

Generalversammlung des Neckarschiffer-Vereines e. V.

Die 47. Jahresgeneralversammlung des Neckarschiffer-Vereines fand kürzlich in Eberbach statt. Neben zahlreichen Mitgliedern waren auch mehrere Vertreter von dem Verein nachstehenden Behörden, Verbänden und Gesellschaften anwesend. Der stellvertretende Vorsitzende, Schiffer Göttsche leitete die Versammlung mit einem Aufruf für den kürzlich verstorbenen 1. Vorf. Emmig und Schiffer Heidenreich ein. Dann hielt er die erschienenen Gäste herzlich willkommen, worauf Bürgermeister Dr. Frank, Eberbach dankte und die Grüße der Stadtverwaltung entbot.

Der Jahresbericht kennzeichnet das Jahr 1927 für wasserreich, was für die Schifffahrt nicht ungünstig war. Der Salz- wie der Kohlentransport stand hinter den gestellten Erwartungen, der Steintransport gestaltete sich günstiger. Riestransporte setzten im November zur Staustufe Heidelberg ein. Dankbar wurden von der Neckarschiffahrt Verbesserungen der Flußwasserhältnisse aufgenommen. Die Strömung bei Wimpfen muß noch gebrochen werden und die Wasserführung ab Kraftloren Hochendorf muß gleichmäßiger gestaltet werden. Beschlossen wurde, eine Allgemeine Haftpflichtversicherung für den ganzen Verein abzuschließen. Bei Punkt Verfahrnen wurde der Beschluß gefaßt, daß für den Kohlentransport angemeldete Schiffe nicht mehr aus der Anmelde-Liste gestrichen werden, wenn sie eine Verfahrt auszuführen gezwungen sind, welche durch Anforderung zu einer Seeladung erfolgen mußte. Vom Neckaranalant wird immer wieder gerügt, daß in den Kanalfreien hin und wieder der Anker geworfen wird. Dies würde die Lehmstraße beschädigen. Die Schiffer sind anderer Meinung, denn die Sicherheit der Schiffe erfordere das Ankerwerfen manchmal, weil die Strömung bei den Kanaleinfahrten ungewöhnlich stark sei. Einem Antrage betr. Bevorzugung von eiligen über dem Verderben ausgefetzten Waren bei der Abschleppung wurde stattgegeben. Die Vorstandswahl ergab die Wahl des Schiffers Emil Rieck von Dammersheim zum 1. Vorsitzenden. Der Sitz und die Geschäftsstelle des Vereines und für das Steingeschäft verbleibt in Eberbach.

Gemeinde-Rundschau

Die Bürgermeisterwahlen in Mannheim

Bei der am Montag stattgefundenen Wahl für den aus dem Amte scheidenden bisherigen Oberbürgermeister von Mannheim, Dr. Kuser, wurde der bisherige Kieler Oberbürgermeister Dr. Heimerich, der Kandidat der Sozialdemokraten, mit 64 Stimmen gewählt. Der Kandidat der Deutschen Volkspartei, Dr. Finte, erhielt 27 Stimmen. Zum Nachfolger des ebenfalls aus dem Amte scheidenden Bürgermeisters Ritter wurde Regierungsbaurat Wächner, Emmendingen, mit 66 Stimmen gewählt. Wächner gehört dem Zentrum an.

Der neue Oberbürgermeister der Stadt Mannheim, Dr. Hermann Heimerich, steht im 43. Lebensjahre. Er entstammt einer alten Juristenfamilie. Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München, Würzburg und Gießen promovierte er zum Doktor jur. et. rer. pol. Nach Ablegung des Assessorenexamins ließ er sich als Rechtsanwalt in Karlsruhe nieder, wo er im Jahre 1914 als Kandidat der Sozialdemokraten zum Stadtverordneten und später zum Stadtrat gewählt wurde. Im Jahre 1925 erfolgte seine Wahl zum Bürgermeister und Stellvertreter des Oberbürgermeisters der Stadt Kiel. In Kiel leitete Dr. Heimerich das Wohlfahrtswesen.

Erster Bürgermeister Wilhelm Wächner, bisher Regierungsbaurat und Mitglied des Badischen Landtags, steht im 48. Lebensjahre. Wächner besuchte das Gymnasium in Tauberbischofsheim, studierte auf der Technischen Hochschule in Karlsruhe und trat 1903 in den Staatsdienst als Ingenieurpraktikant ein. Dann erfolgte seine Ernennung zum Regierungsbaumeister bei der Wasser- und Straßenbaudirektion Karlsruhe und ein Jahr später seine Versetzung nach Konstanz in gleicher Eigenschaft. Bald darauf kam er zur Oberdirektion des Badischen Wasser- und Straßenbaus. Von 1910 ab war er zwei Jahre bei der Rheinbaupolizei in Offenburg tätig, ein Jahr später erfolgte seine Ernennung zum Bauinspektor. Seit 1925 gehörte Wächner, der als Raurat beim Wasser- und Straßenbauamt Emmendingen tätig ist, dem Badischen Landtag an. Er ist in dieser Eigenschaft Mitglied des Haushaltsausschusses und in technischen und wirtschaftlichen Fragen der Berater der Zentrumsfraktion. Seit 6 Jahren ist Wächner außerdem Gemeinderat in Emmendingen und Mitglied des Kreisrats Freiburg.

36 Bewerber für den Bürgermeisterposten in Dudenheim. Um die Dudenheimer Bürgermeisterstelle, die neu besetzt werden soll, haben sich 36 Bewerber gemeldet.

Aus der Landeshauptstadt

Großes Presse- und Bühnenfest 1928 „Tinte und Schminke“

Wie die Festleitung erfährt, spricht man in einzelnen Kreisen der Stadt davon, daß in den letzten Tagen vor dem Fest der Eintrittspreis herabgesetzt werden würde und daß man deshalb mit dem Anlauf der Karten noch zuwarten könne. Diesem Gerücht muß aufs entschiedenste entgegengetreten werden. Es geschieht das mit der bindenden Versicherung, daß unter gar keinen Umständen irgendeine Ermäßigung des Verkaufspreises der Eintrittskarten — er beträgt 10 M — erfolgen wird. Eine solche Ermäßigung wäre intorell und ein Nachteil gegenüber denjenigen, die den vollen Preis bezahlt haben. Aber auch aus finanziellen Gründen besteht nicht der geringste Anlaß zu einer derartigen Ermäßigung, da der Verkauf der Eintrittskarten vollauf befriedigend ist. Der Rest der noch zur Verfügung stehenden Karten wird bestimmt in diesen Tagen abgesetzt werden.

Wenn hier und da die Höhe des Eintrittspreises bemängelt wird, dann vergißt man dabei ganz, daß in anderen Großstädten zu festlichen Veranstaltungen ähnlicher Art viel höhere Eintrittspreise verlangt und auch bezahlt werden. Und schließlich kommt es doch auf das Gebotene an. Es ist unmöglich, ein großzügig erdachtes Fest in einem imposanten und originellen Rahmen auszuführen, wenn nicht dafür der entsprechende Eintrittspreis gefordert wird. Die Unkosten sind, wie jeder nur einigermaßen Erfahrene weiß, ganz ungeheuer groß. Sie würden bei dem Fest „Tinte und Schminke“ noch größer sein, wenn nicht die Unkosten für künstlerische Entwürfe, Malereien, Klebwerke usw. nach Lage der Dinge fortfielen. Zudem darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Eintrittskarte zum Besuch sämtlicher Einzelveranstaltungen des Festes berechtigt.

Die Festleitung kann mit ruhigem Gewissen versichern, daß das Fest „Tinte und Schminke“ ein Ereignis werden wird, wie es Karlsruhe bisher noch nicht erlebt hat. Die Demonstrationen sind diesmal so, daß die eingeweihten Karlsruher ihre alte Festhalle wirklich nicht mehr wiedererkennen werden. Sie sind aber auch so, daß selbst die höchsten Ansprüche an Geschmack und Farbenschönheit befriedigt werden dürften.

Aber die Einzelheiten des Programms werden in den nächsten Tagen noch nähere Mitteilungen gemacht werden. Auf das eine sei nochmals hingewiesen: eine Kapelle, wie die für dieses Fest gewonnene Kapelle des „Hotel Claridge“ in Paris, hat überhaupt noch nie in Karlsruhe konzertiert. Sie genießt bei allen Kennern den Ruf, eine der besten Tanzkapellen der Welt zu sein. Die Kapelle ist übrigens nicht, wie hier und da behauptet wird, eine französische, sondern eine internationale Kapelle, der man ebenfals, wie im letzten Winter in Paris, auch in London, an der Riviera oder auch in einem eleganten deutschen Kurort begegnen könnte. Sie wird im kleinen Festhallsaal, der als Weinabartt aufgezogen wird, spielen.

Diesem Besuch, denen auf ihre Bestellung hin Nischen in der unteren Galerie des großen Festhallsaales zugesagt worden sind, werden im Laufe dieser Woche noch eine schriftliche Bestätigung erhalten. Doch genügt einstweilen auch die telefonische oder mündliche Zusage von Seiten der Festleitung. Es stehen 28 Nischen zur Verfügung. Leider ließ es sich nicht vermeiden, Besucher, die ihre Bestellung zu spät einreichten, abzuweisen. Erst jetzt hat sich die genaue Ziffer der Personen, die in einer solchen Nische an einem Tisch untergebracht werden können, feststellen lassen, es sind 12 bis höchstens 14.

Eintrittskarten sind noch zu haben in den Geschäftsstellen der Zeitungen: Bad. Beobachter, Steinstr. 17, Bad. Presse, Lammstraße (mit Filialen Kaiserstr. 148 und Werberplatz 30a), Karlsruher Tagblatt, Ritterstraße, Karlsruher Zeitung, Karl-Friedrichstr. 14, Residenzanzeiger, Jollystr. 21, Volksfreund, Waldstraße, Landesbühnenkasse, und Fritz Müller, Musikalienhaus, Kaiserstraße.

62. Geburtstag Dr. Schöfers. Der Führer der Zentrumspartei in Baden, Prälat Dr. Schöfer, feierte gestern seinen 62. Geburtstag.

Todesfälle. In Karlsruhe ist 85 Jahre alt der Seniorchef der Firma Hammer & Helbing, Herr Gustav Hammer gestorben. Auch ein weiterer bekannter Geschäftsmann, Malermeister Albert Weber, ist nach kurzer schwerer Krankheit im 67. Lebensjahr verschieden.

Karlsruher Presse. Redakteur Hermann Kadel scheid am gestrigen Tag aus der Redaktion des „Volksfreund“ aus. Volle 20 Jahre war er in der Redaktion des Blattes tätig. An seine Stelle ist Redakteur Grünebaum in die Redaktion des „Volksfreund“ eingetreten.

Das Lichttechnische Institut der Karlsruher Technischen Hochschule wurde dieser Tage einer Anzahl geladener Gäste gezeigt. Es ist eine Idee des bekannten Fachwissenschaftlers Prof. Dr. Leichmüller. Der Lehrstuhl für Lichttechnik wurde am 1. August 1919 errichtet und am 16. Februar 1921 die Lichttechnische Gesellschaft begründet, die sich große Verdienste um das Beleuchtungswesen erworben hat. Im Herbst 1921 wurde das Lichttechnische Institut bezogen, das nun völlig ausgebaut ist. Es ist das einzige derartige Institut in der Welt. Sein Leiter ist auch durch die lichttechnische Ausstellung auf der Düssel-dorfer Geleise und manche Reuebedeutungen auf diesem Gebiet bekannt geworden. Bei der Führung durch das hinter dem Aulagegebäude errichtete Institut ging Prof. Dr. Leichmüller auf die Geschichte und die Bedeutung der modernen Lichttechnik ein und erläuterte die zahlreichen Apparate des Instituts. Er wies darauf hin, von welcher großer Bedeutung für unser ganzes wirtschaftliches und privates Leben die richtige Anwendung unserer Lichtenergie ist. Lichttechnik ist keineswegs Spezialgebiet des Fachmannes, sondern wichtig für jeden Menschen, der Licht braucht und verwendet, was schon die Erwägung zeigt, welchen Einfluß auf Arbeitsleistung und Arbeitsfreudigkeit die richtige oder falsche Lichtverteilung ausüben muß. Heute werden Lichttechnik und Lichtkunde vom physiologischen und psychologischen Standpunkt heraus behandelt. Eine weitere Seite der Lichttechnik ist Aesthetik, die bei der Außen- und Innenbeleuchtung eine große Rolle spielt.

Schwere Straßenbahnunfälle. Heute vormittag kurz vor 11 Uhr wurde das 3 1/2 Jahre alte Söndchen eines Obersteuerssekretärs von der elektrischen Straßenbahn, die in die Volkfeststraße einbog, überfahren. Die Verletzungen waren so schwerer Natur, daß das Kind auf dem Transport nach dem Krankenhaus starb. — Montag mittag gegen halb 2 Uhr wollte ein 13jähriger Junge namens Georg von Grünwald am Duracher Tor auf einen schon fahrenden Straßenbahnwagen aufspringen. Er geriet jedoch unter den Wagen, wobei ihm das linke Bein unterhalb des Knies abgefahren wurde.

Badisches Landestheater. Freitag, den 3. Februar, findet die erste Wiederholung der mit so großem Erfolge uraufgeführten Oper „Héro und Arie“ von Juan Manuel statt. Die musikalische Leitung hat Josef Skrip und die szenische Lei-

tung Otto Krauß. — Nach dreijähriger Pause geht Sonntag, den 5. Februar, Gounods Oper „Margaritte“ in vollständiger Reueinstudierung in Szene. Die musikalische Leitung liegt in Händen von Rudolf Schwarz und die szenische Leitung in Händen von Otto Krauß. Die Bühnenbilder von Lorsten Necht und die Kostüme von Margarete Schellenberg wurden nach deren Entwürfen in den Werkstätten des Landestheaters hergestellt. Die technische Einrichtung besorgt Rudolf Balut.

Wetternachrichte. In der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Das gestrige Temperaturmittel lag zum ersten Mal seit dem 3. Januar wieder unter dem langjährigen Normalwert. In der vergangenen Nacht erreichte uns das der Tiefdruckrinne über der Nordsee ostwärts folgende Regengebiet und hat im Süden bereits mäßige Niederschläge geliefert. In mittleren Lagen schneit es heute früh wieder. Die Druckrinne füllt sich langsam auf, während die isländische Zykone stationär geblieben ist. Morgen steht nach Durchzug des Regengebietes wechselnd wolfiges Wetter in Aussicht. — Voraussage für 1. Februar: Wieder meist trocken und wechselnd wolfig, tagsüber mild, in der Ebene leichte Nachfröste, schwache Luftbewegung.

Kurze Nachrichten aus Baden

1. Bd. Heibelberg, 31. Jan. Der in der letzten Sitzung des Allgemeinen Studentenausschusses mit einfacher Mehrheit gefasste Beschluß zum Austritt in die Deutsche Studentenschaft ist unter Berufung auf die Anfechtbarkeit der Rechtslage vom Rektor beanstandet und dadurch vorläufig außer Kraft gesetzt worden. Bis zur endgültigen Entscheidung werden die juristischen Einzelheiten einer genauen Prüfung unterzogen, um eine endgültige Unterlage in der Verfassungsfrage zu bekommen.

1. Bd. Strach, 30. Jan. Die schweizerische Erdbebenwarte in Neuchâtel hat festgestellt, daß das am Freitag früh in Oberbaden und in der Südschweiz beobachtete Erdbeben seinen Herd auf dem Dinkelberg, in der Umgebung von Adelshausen, hat. Der Dinkelberg erstreckt sich bekanntlich zwischen dem Wiesental und dem Rheintal.

Verschiedenes

Brand in der Universität Toronto

W.A.B. Toronto, 30. Jan. Durch einen Brand in der medizinischen Abteilung der Universität Toronto wurde Schaden im Betrage von 100 000 Dollar angerichtet. Es handelt sich um das Gebäude, in dem Dr. Vanring und seine Kollegen ihre berühmte Infulin-Entdeckung machten. Viele wertvolle Chemikalien wurden zerstört.

Ein amerikanisches Unterseeboot vorübergehend vermisst

W.A.B. New York, 31. Jan. (Tel.) Das Unterseeboot „S III“, über dessen Schicksal Besorgnis herrschte, da es auf der Fahrt von Hampton Roads nach Cuba die Fühlung mit den Begleiterschiffen verloren hatte, ist, wie Admiral Brumbly dem Marine-Sekretär gemeldet hat, in der vergangenen Nacht um 8 Uhr wloschaltan aufgefunden worden. Es fehlt seine Fahrt nach Guantanamo auf Cuba fort. — Das Unterseeboot wurde an der nördlichen Floridaflüße aufgefunden. Es wird angenommen, daß eine Beschädigung der Sumanlage es dem Boot unmöglich machte, seine Position telegraphisch mitzuteilen, wodurch die Auffindung erschwert wurde.

COLOSSEUM
Waldstraße 16 Telephon 5599

Heute abend 8 Uhr
Abschieds - Vorstellung
der Revue
Das lebende Magazin
*
Ab Mittwoch, den 1. Februar
täglich 8 Uhr
Gastspiel
Sylvester Schäffer
„Der König der Artisten“
sowie das übrige
Varieté - Programm

1000 Dtz. weiße, leinene
Leintücher
ohne Naht, garantiert Ia Ware, fehlerfrei, aus bestem edelstem Ia Leinengarn gewebt 110
160x250 cm groß, 1 Stück 7,80 RM.
150x250 cm groß, 1 Stück 7,50 RM.
Kleinste Abnahme 1/2 Dtz. vers. per Nachn. fr. verz.
Leinenweberei St. Marsik, Prag XII, Londynská 57
Preisliste u. Muster von verschiedener Leinwand, Hand- u. Tischtücher gratis u. fr. Viele Danks. f. gute Bed.

Bekanntmachung.
Bei der heutigen Ziehung der Auslosungsrechte der Anleiheablosungsschuld der Stadt Karlsruhe für die Jahre 1926 und 1927 wurden gezogen:

A. Für das Jahr 1926:
Ritera AA zu 500 RM: Nr. 17, 35, 37, 44, 45, 51, 105, 122, 127, 128, 139, 158, 215, 243, 278, 292, 330, 341, 435, 459.
Ritera A zu 100 RM: Nr. 13, 78, 80, 92, 104, 108, 115, 117, 130, 147, 166, 181, 206, 307, 350, 395, 405, 411, 462, 484, 494, 538, 544, 553, 554, 609, 638, 658, 685, 694, 714, 771, 785, 791, 841, 899, 934, 1006, 1081, 1091, 1115, 1149, 1167, 1179, 1343, 1363, 1369, 1463, 1478, 1490, 1494, 1563, 1583, 1613, 1633, 1689, 1690, 1715, 1756, 1772, 1808, 1834, 1836, 1868, 1904, 1920, 1926.
Ritera B zu 50 RM: Nr. 41, 151, 191, 375, 493, 462, 516, 522, 527, 559, 577, 744, 831, 834, 854, 899, 903, 958, 963, 970, 1048, 1098, 1141, 1181, 1188, 1192, 1224, 1242, 1254, 1256, 1298, 1306, 1349, 1352, 1363, 1360, 1365, 1374, 1390, 1398, 1400, 1401, 1410, 1497, 1502, 1542, 1560, 1609, 1610, 1643, 1668, 1672, 1710, 1725, 1780, 1782, 1798, 1802, 1814, 1819, 1835, 1838, 1910, 1914, 1918, 1961.
Ritera C zu 25 RM: Nr. 59, 96, 149, 215, 241, 260, 307, 362, 410, 458, 479, 520, 537, 590, 622, 624, 640, 663, 666, 676, 677, 712, 745, 788, 832, 860, 894, 895, 936, 937, 943, 956, 958, 989, 1023, 1044, 1083, 1100, 1163, 1199, 1236, 1248, 1269, 1294, 1306, 1408, 1411, 1421, 1429, 1446, 1509, 1536, 1590, 1632, 1604, 1636, 1639, 1726, 1767, 1838, 1864, 1881, 1916, 1943, 1952, 1963, 1989, 2001, 2017, 2020, 2026, 2069, 2108, 2156, 2169, 2225, 2313, 2314, 2370, 2388, 2402, 2408.
Ritera D zu 12,50 RM: Nr. 36, 112, 169, 190, 243, 245, 290, 329, 350, 418, 449, 499, 506, 617, 623, 654, 692, 736, 756, 768, 800, 801, 824, 826, 846, 946, 948, 956, 969, 1010, 1052, 1073, 1127, 1168, 1170, 1250, 1263, 1336, 1401, 1445, 1506, 1509, 1596, 1544, 1556, 1576, 1602, 1616, 1632, 1646, 1650, 1691, 1702, 1703, 1715, 1740, 1745, 1775, 1801, 1852, 1877, 1963, 1995, 2005, 2008, 2041, 2074, 2076, 2081, 2112, 2176, 2186, 2196, 2218, 2277, 2315, 2412, 2441, 2445, 2450, 2503, 2535, 2573, 2592, 2621, 2636, 2635, 2644, 2717, 2738, 2760, 2784.
B. Für das Jahr 1927:
Ritera AA zu 500 RM: Nr. 26, 29, 34, 48, 89, 111, 126, 138, 182, 231, 278, 307, 317, 331, 339, 351, 467, 504, 533, 576.

Ritera A zu 100 RM: Nr. 4, 16, 28, 74, 76, 88, 95, 101, 124, 143, 169, 188, 218, 235, 245, 246, 293, 342, 379, 413, 461, 475, 592, 649, 659, 715, 808, 836, 882, 904, 989, 1028, 1106, 1108, 1156, 1164, 1204, 1211, 1231, 1260, 1312, 1315, 1328, 1332, 1373, 1376, 1402, 1442, 1464, 1484, 1491, 1498, 1498, 1612, 1625, 1679, 1698, 1713, 1721, 1818, 1856, 1884, 1885, 1980, 1952, 1967, 2010.
Ritera B zu 50 RM: Nr. 15, 21, 65, 111, 115, 137, 141, 153, 195, 223, 250, 263, 303, 440, 477, 483, 532, 548, 564, 571, 629, 652, 664, 696, 768, 792, 805, 807, 914, 942, 978, 988, 1004, 1038, 1049, 1062, 1084, 1127, 1176, 1237, 1248, 1321, 1362, 1363, 1368, 1407, 1414, 1457, 1485, 1488, 1520, 1563, 1632, 1642, 1652, 1668, 1709, 1733, 1756, 1781, 1810, 1831, 1839, 1863, 1949.
Ritera C zu 25 RM: Nr. 44, 47, 53, 115, 121, 139, 199, 261, 294, 318, 334, 350, 369, 374, 408, 465, 499, 506, 528, 570, 608, 690, 682, 689, 819, 854, 861, 871, 878, 885, 901, 930, 988, 998, 1063, 1075, 1111, 1179, 1215, 1397, 1453, 1498, 1521, 1546, 1575, 1598, 1643, 1698, 1745, 1785, 1790, 1799, 1834, 1839, 1848, 1914, 1964, 1969, 1961, 1963, 1994, 2042, 2080, 2113, 2114, 2123, 2126, 2152, 2168, 2174, 2185, 2187, 2196, 2201, 2232, 2229, 2267, 2275, 2285, 2382, 2394, 2438.
Ritera D zu 12,50 RM: Nr. 80, 85, 157, 275, 277, 312, 352, 362, 372, 408, 436, 458, 507, 510, 605, 631, 637, 700, 732, 803, 809, 911, 915, 935, 959, 1023, 1040, 1051, 1064, 1126, 1134, 1138, 1144, 1181, 1183, 1195, 1211, 1224, 1227, 1234, 1287, 1290, 1310, 1339, 1372, 1380, 1400, 1469, 1497, 1503, 1531, 1574, 1626, 1633, 1666, 1700, 1716, 1719, 1752, 1783, 1811, 1827, 1828, 1846, 1884, 1887, 1910, 1975, 2010, 2024, 2049, 2139, 2154, 2226, 2241, 2279, 2312, 2330, 2340, 2345, 2363, 2400, 2411, 2439, 2513, 2575, 2634, 2666, 2703, 2723, 2753.
Bei der Einlösung werden sowohl für die für das Jahr 1926 als auch für die für das Jahr 1927 gezogenen Stücke bezahlt:
Für je 100 RM Nennwert der Auslosungsrechte 500 RM
dazu 5% Zinsen für 2 Jahre aus 500 RM
= 50 RM abzüglich 10 vom Hundert Steuer
vom Kapitalertrage = 5 RM 45 RM
zusammen 545 RM
Der einem Einkäufer auszugebende Gesamtbetrag wird nach Abzug vom Kapitalertrag auf volle 5 Reichspfennig nach unten abgerundet.
Die Besitzer der gezogenen Auslosungsscheine werden aufgefordert, die Einlösungsbeträge gegen Quittung sowie Rückgabe der Auslosungsscheine und eines gleichen Nennbetrages in Schuldverreibungen der Anleiheablosungsschuld der Stadt Karlsruhe bei der Stadthauptkasse Karlsruhe (Rathaus) schriftlich oder mündlich anzufordern.
Karlsruhe, den 23. Januar 1928.
Der Oberbürgermeister.

Ihren Umsatz betr.
brauchen Sie
Möbelwagen?
dann
Bad. Lagerhaus Offenburg
Besitzer: Billy Wagner
fragen. Erstkl. Kempt. u. werc
Möbelpeditions-Unternehm. en

Badisches Landestheater
Mittwoch, 1. Februar 1928
*C 16 Th. - Gem. I. S. - Or
und 1101-1200
Atlan oder Die gelbe Rose
von Kornfeld
In Szene gesetzt von
Felix Baumbach
Frau Samson Biegler
Erica Bertram
Edyrosa Brüter
Julius Schulz-Weiden
Bierfuß Höder
Gräfin Ermarth
Schumpeter Gemmede
Kammer Brand
Katterer von der Trend
Milian Müller
Manil Dahlen
Samfon Stenscherf
Anfang 20 Ende nach 22/2
I. Rang u. I. Sperrst. 5 RM
Donnerstag, 2. Februar
Einmaliges Gesamtgastspiel
Wettermann:
Der einsame Weg.

Karlsruhe. Nr. 427
Güterrechtsregisterinträge
1. Band I Seite 31:
Höll, Albert, Antsgehilse,
Karlsruhe-Daglanden, und
Pauline geb. Jand. Ver-
trag vom 20. Januar 1928.
Gütertrennung. 23. I. 23.
2. Seite 32: Nomedter,
Wilhelm, Wädernmeister,
Karlsruhe, und Rosa geb.
Kupp. Vertrag vom 16. Janu-
ar 1928. Allgemeine
Gütergemeinschaft mit Vor-
behalt der Frau und Bes-
des Mannes. 24. I. 23
Badisches Amtsgericht B II.

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“